

Bürgerbeteiligung

Mehr Demokratie: Ja – aber welche?



Foto: Tageblatt-Archiv

Alfred Groff

In den vergangenen Wochen wurde viel über die 2015 und 2016 bevorstehenden Referenden in Luxemburg geredet und geschrieben. Ist jetzt endlich Schluss mit der „Zuschauerdemokratie“ mit ihren „Blankoschecks“ an Parteivertreter?

Justizminister Félix Braz hob dabei einige wichtige Elemente einer partizipativen Demokratie hervor, wie die Einflussmöglichkeiten der Bürger, die Transparenz, die Wichtigkeit ausgeglichener Informationskampagnen bei Referenden und den Nachteil von Ja-Nein-Referenden, Kompromisse im Sinne des Gemeinwohls finden zu können.

Aber was fehlte bei den Aussagen des Ministers für die Erweiterung der Demokratie in Luxemburg, in Europa und in der Welt?

Bürgergesetzgebung, in der Form einer dreistufigen Volksgesetzgebung, ermöglicht sowohl einfachen Menschen aus dem Volke wie auch Akteuren und Spezialisten der Zivilgesellschaft jeder politischen Richtung, Ideen zu entwickeln, Initiativen zu ergreifen und sie der Allgemeinheit in Form von Gesetzesinitiativen vorzulegen und gegebenenfalls darüber abzustimmen und zu entscheiden. Ein Gemeinwesen lebt davon, dass sich viele Menschen mit politischen Fragen und anstehenden Entscheidungen beschäftigen, darüber diskutieren, sich entscheiden und dadurch Verantwortung übernehmen.

Das führt zu einer Stabilisierung der Demokratie.

Zudem würden Einstellungen wie „Die da oben machen sowieso, was sie wollen“ und „Jetzt macht mal, dafür haben wir euch doch gewählt“ abgeschwächt. Die Distanz zwischen Wählern, Wählerinnen und Gewählten würde geringer. Verkrustete Strukturen der parlamentarischen Demokratie werden durch direktdemokratische Instrumente aufgebrochen.

Bei Bürgergesetzesvorschlägen und vor Bürgerentscheiden könnten ausführliche öffentliche Diskussionen stattfinden, wobei Sachargumente in den Vordergrund treten könnten.

Zum Beispiel die „Initiative für Demokratieverweiterung Luxemburg“ (www.demokratie.lu) schlägt seit Jahren eine derart dreistufige Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid mit konkreten Durchführungsbestimmungen vor. (<http://www.mtk.lu/ddvor-schlag.html>)

Ebenfalls Ex-Regierungschef Jean-Claude Juncker hinterlegte am 20. Mai vor der Erklärung zur Lage der Nation im Jahre 2003 einen Gesetzentwurf der Regierung über die Volksinitiative und die Volksbefragung bei der Kammer. Dieser Anlauf in Richtung Volksgesetzgebung konkretisierte sich dann auf Regierungsseite in den Jahren 2004 und 2005 (parlamentarisches Dokument vom 20.1.2005 betreffs des Gesetzesprojekts 5132 und des Gesetzesvorschlags 3762). Danach geschah in dieser Angelegenheit lei-

der nichts Sichtbares mehr. Schade, dass Minister Braz über die Bürgergesetzgebung, ein Kernelement der partizipativen Demokratie, kein Wort verlor. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Nicht nur in Luxemburg

Nicht nur in Luxemburg gibt es Nachholbedarf in puncto Demokratie. Die Demokratie in Europa ist sogar in Gefahr. Zunehmend treffen heute die Regierungschefs in geheimen Runden die wesentlichen Entscheidungen in der EU. Diversität und soziale Kohäsion werden durch Bürokratie und die Interessen der Kapitalmärkte verdrängt. Damit werden nicht nur sozialer Zusammenhalt und Wohlstand in Europa aufs Spiel gesetzt, sondern es wird auch zunehmend der Glaube vieler Bürger an die europäische Integration erodiert. Die Vereinigung „Democracy International“ (www.democracy-international.org), deren Mitglied die luxemburgische Initiative für Demokratieverweiterung ist, setzt sich deswegen zusammen mit einer Allianz von anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen dafür ein, die gegenwärtige schiefgelaufene Entwicklung zu stoppen und Europa demokratischer zu gestalten. Jede grundlegende Veränderung in der EU erfordert die Änderung der EU-Verträge. Diese können (laut Art. 48 des Lissabon-Vertrags) nur durch eine Versammlung von

Vertretern der Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen, einem sog. Konvent, geändert werden. Democracy International startet deswegen eine Kampagne, die die Forderung nach einem demokratischen Konvent in die öffentliche Diskussion einbringen möchte und den Begriff „Konvent“ früh „branden“ will, damit ein ganz bestimmter Konvent damit gemeint wird: einer, der im Lichte der Öffentlichkeit tagt, mit ausreichend Zeit bedacht ist und der der Zivilgesellschaft ein hohes Maß an Einflussmöglichkeiten bietet. Über die Ergebnisse des Konvents sollten am Ende die Bürgerinnen und Bürger aller europäischen Nationalstaaten per Volksabstimmung entscheiden. Am 20. Februar 2014 startete die Kampagne mit dem Namen „Democratic Europe Now“ ([https://www.democratieeuropenow.eu](https://www.democratieuropenow.eu)).

Globale Wirtschaft, präglobale Gesellschaft

Verschiedene Themen wie Umweltschutz, Finanzkrisen oder Armutsbekämpfung können nur weltweit mit einer weltzentrischen – nicht einer rein nationalen – Sichtweise gelöst werden. Aber warum geschieht das bis jetzt nicht? Das Problem ist eine globale Wirtschaft in einer präglobalen Gesellschaft. Die Regierungen stehen im ständigen Wettbewerb um Investoren und Arbeitsplätze. Eine Regierung, die Maßnahmen zur Lösung die-

ser Probleme im Alleingang umsetzt, kann damit häufig den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit ihres Landes bewirken. Das könnte schnell zu Inflation, Arbeitslosigkeit oder sogar wirtschaftlichem Zusammenbruch führen.

Wie aber kann dieser Teufelskreis demokratisch durchbrochen werden?

Einen Lösungsvorschlag bietet die Initiative für Simultanpolitik „Simpol“ (<http://lu.simpol.org>) an. Simpol ist eine neuartige globale Bürgerinitiative zur Überwindung blockierender, nationaler Wettbewerbszwänge in vielen Themen der Nachhaltigkeit und des Gemeinwohls: eine lösungsorientierte Weltbürgerinitiative. Das Ziel besteht darin, mit der nationalen WählerInnenstimme globale Lösungen herbeiführen. Simpol ermutigt Menschen in Ländern in allen Teilen der Welt, ihre Politiker zu verpflichten, global zu kooperieren in der zeitgleichen Einführung und Umsetzung geeigneter Maßnahmen und Regulierungen zum Wohl aller.

Eine simultane Umsetzung stellt sicher, dass kein Land seine Wettbewerbsfähigkeit verliert durch die Einführung von Regeln, die im Sinne der Nachhaltigkeit, des Planeten und unserer Werte und höheren Überzeugungen sind.

Ein Mehr an Demokratie auf allen drei angesprochenen Ebenen fördert nicht nur das individuelle politische Bewusstsein und die gemeinsame Verantwortung der Bürger den Menschen und dem Planeten gegenüber, sondern ebenfalls den Weltfrieden.